sekretäre für die Dauer ihres Amtes das Prädikat Exzellenz führen sollen. Großes Hauptquartier, den 4. Oktober 1918.

Wilhelm I. R.
v. Payer.

Gleichzeitige Wiener Friedensnote

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

id. Wien, 5. Oktober

Der soeben bekannt gewordene Friedensschritt der Mittelmächte wird in parlamentarischen Kreisen sympathisch aufgenommen. Man ist überzeugt, daß der Schritt nicht etwa im Bewußtsein der militärischen Schwäche gelegen hat, da zum Wanken nach voller Zuversicht keine Veranlassung vorliegt, sondern in der ständigen Entwicklung des Friedensgedankens, die überall, so auch in zahlreichen Anträgen im österreichischen Reichsrate, zum Ausdruck kam. In der Monarchie hat dieser Gedanke insbesondere auch in Ungarn seit dem Abfall Bulgariens an Ausbreitung gewonnen und sich nunmehr von allen dortigen Parteien vertreten. Mit dem im vollsten Einvernehmen mit Deutschland beabsichtigten Friedensschritt nach außen, dem die letzten fünf Punkte Wilsons zugrunde gelegt werden sollen, gehen auch die Bestrebungen zur Herstellung ruhiger Verhältnisse im Innern parallel.

Graf Burian wurde zusammen mit Hussarek vom Kaiser empfangen. Dann empfing der Minister des Aeußern mehrere Reichsratsführer und Herrenhausmitglieder, u. a. den Fürsten Fürstenberg, den Grafen Ottokar Czernin, den Dr. Baernreither usw., und setzte sie von dem Inhalt der Note in Kenntnis. Wie verlautet, bedeutet diese Note die prinzipielle Annahme der 14. der vier und der letzten fünf Punkte, zusammen also 18 Punkte Wilsons.

In Oesterreich erwies die jüngste Rede Hussareks die Annäherung der Regierung an das föderalistische System. Im Parlament steht die von der sozialistischen Partei vorgeschlagene Entschließung zur Erwägung der deutschbürgerlichen Parteien. Danach sollen alle österreichischen Völkerschaften, Slawen, Romanen, Deutsche, eigene, selbständige Nationstaaten erhalten, die ihr Verhältnis untereinander — der deutschösterreichische Nationstaat auch sein Verhältnis zum Deutschen Reiche — ohne jede Gewaltanwendung regeln sollen. Die Sozialdemokraten erwarten, daß diese Nationstaaten den politischen Zusammenhang untereinander anerkennen und herstellen werden, da sie nicht durch Zufall aneinander gebunden sind, sondern voneinander überhaupt nicht loskommen können. Der deutschnationale Verband und die Christlichsozialen werden in den nächsten Tagen über die Anregung beraten und beschließen. Die Aufnahme des Antrages in Parlament und Presse ist nicht ungünstig. Das „Fremdenblatt" stimmt zumeist zu, die „Reichspost" lehnt nicht ab.

•

Die Neuorientierung in Oesterreich

× Wien, 4. Oktober

Die Sozialdemokratische Korrespondenz meldet: Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten faßte einen Beschluß, demzufolge die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft in Oesterreich das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Oesterreichs anerkennen und dasselbe Recht für das deutsche Volk in Oesterreich in Anspruch nehmen. Unbedingt und für immer aber wird die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese Nationalstaaten abgelehnt. Alle deutschen Gebiete Oesterreichs sollen zu einem deutschösterreichischen Staate vereinigt werden. Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft sind bereit, mit Vertretern des tschechischen und südslawischen Volkes auf dieser Grundlage über die Umwandlung Oesterreichs in eine Föderation freier nationaler Gemeinwesen zu verhandeln.

Am Nachmittage fand eine gemeinsame Besprechung der Vorstandsmitglieder der deutschnationalen Partei, der christlichsozialen Vereinigung und der deutschen Sozialdemokraten statt.

Nach der Deutschböhmischen Korrespondenz ist die Hoffnung vorhanden, daß ein gemeinsames Vorgehen dieser drei Gruppen möglich sei. Nach den Abendblättern wurde eine gemeinsame Abordnung der Verfassungs- und Mittelparteien des Herrenhauses vom Grafen Burian empfangen, der sie über die auswärtige Lage unterrichtete.

•

Die Umbildung des ungarischen Kabinetts

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

id. Wien, 5. Oktober

In Ungarn ist in letzter Stunde das Konzentrationskabinett gescheitert, da Andrassy und Apponyi mit Tisza nicht zusammengehen wollen. Aber auch dort ist ein Zusammenfassen aller Kräfte geplant, wenn auch die Form noch nicht gefunden ist. Bemerkbar macht sich nur schon jetzt die Agitation zur Einführung einer Personalunion, auch von mancher Seite, die bisher auf dem Boden der Realunion mit Oesterreich standen hat. Die Regierung und die Mehrheit des Parlaments haben zu dieser Agitation noch nicht Stellung genommen. Inzwischen werden hervorragende ungarische Parteiführer von allen geplanten Schritten des Auswärtigen Amtes ständig unterrichtet.

Wilsons jüngste Rede

Angesichts der weittragenden Wichtigkeit, die die Rede des Präsidenten Wilson durch das deutsche Friedensangebot, das sich auf sie bezieht, erlangt hat, geben wir hier, da sie bisher unsern Lesern nur im Auszug bekannt ist, ihren vollen Wortlaut wieder:

Die ersten Sätze des Präsidenten waren der Werbung für die Freiheitsanleihe gewidmet, dann fuhr der Präsident fort: „Ich bin gekommen, um Gelegenheit zu suchen, einige Ideen vorzubringen, die, wie ich vertraue, dazu dienen werden, vielleicht in vollständigerem Maße als vorher ein lebendiges Bild von den großen Dingen zu geben, um die es geht, damit wir mit noch mehr Begeisterung die ernste Bedeutung der Pflicht, die Regierung mit euren Männern und euren Mitteln bis zum äußersten Punkte der Opferwilligkeit und Selbstverleugnung zu unterstützen, würdig und auf euch nehmt. Kein Mann und keine Frau, die wirklich erfaßt haben, was der Krieg bedeutet, kann zögern, alles bis zur äußersten Grenze darzubringen, und es ist heute abend hier meine Aufgabe, zu versuchen, noch einmal an die Pflicht zu erinnern und sie klar zu machen. Bei jeder Wendung des Krieges wird es uns von neuem bewußt, was wir zu erreichen beabsichtigen. Wenn unsre Hoffnungen und Erwartungen am meisten gespannt sind, dann denken wir bestimmter als vorher an die Folgen, die vom Kriege abhängen, und an das Ziel, das verwirklicht werden muß. Denn der Krieg hat positive und wohl definierte Ziele, die wir nicht festsetzen und die wir nicht ändern können. Kein Staatsmann und keine Repräsentation hat sie geschaffen und kein Staatsmann und keine Repräsentation kann an ihnen etwas ändern. Sie haben sich aus der Natur und aus den näheren Umständen des Krieges von selbst ergeben. Das einzige, was Staatsmänner oder Repräsentationen tun können, ist, sie auszuführen oder ihnen untreu zu werden. Sie waren am Beginn des Krieges vielleicht nicht klar, aber jetzt sind sie klar. Der Krieg hat über vier Jahre gedauert und die ganze Welt wurde hineingezogen. Der gemeinsame Wille der Menschheit wurde an Stelle des Einzelwillens gesetzt. Die Ziele einzelner Staaten und einzelner Staatsmänner haben vielleicht den Konflikt begonnen, aber weder sie noch ihre Gegner können ihm nach ihrem Belieben ein Ende setzen. Der Krieg ist

ein Völkerkrieg

geworden. Völker aller Arten und Rassen, der verschiedensten Macht- und Vermögensverhältnisse sind in die Verwicklungen, die damit verbundenen Veränderungen und in die Beteiligung des Krieges verwickelt. Wir kamen in den Krieg, als sein Charakter bereits vollständig klar und allen deutlich war, daß keine Nation abseits stehen oder den Folgen der Herausforderung gleichgültig gegenüberstehen konnte, die auf das Herz alles dessen, was wir liebten und wofür wir lebten, gerichtet war. Die Stimme des Krieges ist klar geworden und hat die Herzen der Brüder in vielen Ländern ergriffen. Gleichzeitig haben uns auch unsre eigenen hingemordeten Toten, die auf dem Grunde der See liegen, angerufen. Wir haben stolz und mutig geantwortet. Die Luft um uns war klar. Wir sahen die Dinge in ihren vollen, überzeugenden Proportionen, wie sie waren, und wir haben sie seitdem immer mit standhaften Blicken und unveränderlichem Verständnis betrachtet. Wir haben die Folgen des Krieges als Tatsache hingenommen und nicht so, wie irgendeine Gruppe von Männern hier oder anderswo sie definierte. Und wir können keinen Ausgang hinnehmen, der eine ungenügende Beilegung wäre. Es handelt sich darum: Soll es der Militärmacht irgendeiner Nation oder Gruppe von Nationen gestattet sein, über das Schicksal von Völkern zu entscheiden, über die zu herrschen sie kein andres Recht haben als das Recht der Gewalt, Soll es starken Völkern freistehen, schwachen Völkern Unrecht zuzufügen, sie ihren Zwecken und Interessen zu unterwerfen? Sollen Völker selbst in ihren eigenen inneren Angelegenheiten von willkürlicher, unverantwortlicher Gewalt beherrscht und regiert werden oder nach Wahl ihres eigenen Willens? Soll es einen gemeinsamen Maßstab für die Rechte und Privilegien aller Völker und Nationen geben oder sollen die Staaten tun, was sie wollen, und die Schwachen unrecht leiden? Soll die Feststellung des Rechts der Willkür zufälliger Bündnisse überlassen werden oder soll eine gemeinsame Einrichtung die Beobachtung des gemeinsamen Rechts verbürgen?

Das Ergebnis des Krieges

darf nicht durch eine Verständigung oder ein Kompromiß geordnet werden, sondern endgültig und ein für allemal mit voller, unzweideutiger Annahme des Grundsatzes, daß die Interessen der Schwächsten ebenso heilig sind, wie die Interessen der Stärksten. Das ist es, was wir meinen, wenn wir von einem dauerhaften Frieden sprechen, wenn wir aufrichtig und mit Verständnis und mit vollem Bewußtsein von der Sache sprechen, um die es sich handelt. Wir sind alle darüber einig, daß kein Friede durch irgendeine Art von Feilschen oder durch einen Vergleich mit den Mittelmächten erlangt werden kann, weil wir schon mit ihnen verhandelt haben und sie mit andern Regierungen und Teilnehmern an diesem Kriege haben verhandeln sehen, in Brest-Litowsk und in Bukarest. Sie haben uns überzeugt, daß sie ohne Ehre sind, daß sie keine Verträge halten und keine Grundsätze annehmen als den der Macht und des eigenen Interesses. Wir können nicht mit ihnen an Bedingungen kommen. Sie haben es unmöglich gemacht. Das deutsche Volk muß sich jetzt völlig klar darüber sein, daß wir das Wort derer, die uns diesen Krieg aufgezwungen haben, nicht annehmen können. Wir denken nicht dieselben Gedanken, und wir sprechen nicht dieselbe Sprache der Verständigung. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß wir ebenso ausdrücklich einig darüber sind, daß kein Friede erlangt werden kann durch irgendeine Art von Kompromiß oder Abschwächung der Grundsätze, die wir als Grundsätze, für die wir kämpfen, ausgesprochen haben. Darüber darf nicht der mindeste Zweifel bestehen. Ich werde mir daher die Freiheit nehmen, mit äußerster Offenheit über die taktischen Verwicklungen zu sprechen, die dabei in Betracht kommen. Es sind in der Tat und in Wahrheit gemeinsame Angelegenheiten der ganzen Deutschland verbündeten Regierungen und der Völker, die sie regieren. Es ist notwendig, daß alle, die an dem Tisch der Friedensverhandlungen kommen, bereit und willig sind, den Preis zu bezahlen, den einzigen Preis der uns den dauernden Frieden verschaffen kann und daß sie bereit und willig sind, in irgendeiner männlichen Weise das einzige Instrument zu schaffen, durch das sichergestellt werden kann, daß die Friedensabmachungen respektiert und ausgeführt werden. Der Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkte der Abmachungen, unbekümmert darum, wessen Interessen dadurch gekreuzt werden und nicht allein unparteiische Gerechtigkeit, sondern auch Aufriedenheit der verschiedenen Völker, um deren Schicksal es sich handelt. Dieses unerläßliche Instrument ist

ein Völkerbund,

geschlossen unter Bedingungen, die ihn wirksam machen. Ohne ein solches Instrument, durch das der Weltfriede verbürgt werden kann, würde der Friede zum Teil auf dem Wort von Gesetzesverächtern beruhen und allein auf diesem Wort, denn Deutschland wird seinen verlorenen Charakter wiedergewonnen haben durch das, was an dem Friedenstische geschieht und durch das, was später geschieht. Und so viel ich sehe, muß die Bildung dieses Völkerbundes und eine klare Bestimmung seiner Gegenstände ein Teil und in gewissem Sinne der wesentlichste Teil des Friedensvertrages selbst sein. Jetzt kann er nicht gebildet werden. Würde er jetzt gebildet, so könnte er nur ein neues, auf die gegen den gemeinsamen Feind zusammengeschlossenen Nationen beschränktes Bündnis sein. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß er nach dem Friedensschluß gebildet werden kann. Es ist notwendig, den Frieden zu verbürgen und der Friede kann nicht nachträglich verbürgt werden. Der Grund für mich, in klaren Ausdrücken darüber zu sprechen, warum er verbürgt werden muß, ist der, daß es Teilnehmer an dem Frieden geben wird, deren Versprechungen sich als unzuverlässig erwiesen haben; deshalb müssen im Zusammenhang mit dem Friedensschlusse selbst Mittel gefunden werden, um diese Quelle der Unsicherheit zu entfernen. Es wäre töricht, die Verbürgung des Friedens einer späteren freiwilligen Aktion der Regierungen zu überlassen, die wir Rußland haben gehören und Rumänien betrügen sehen. Aber diese allgemeinen Ausdrücke erschöpfen den ganzen Gegenstand nicht. Einige Einzelheiten sind notwendig, um sie weniger als These und mehr als praktisches Programm klingen zu lassen. Ich spreche von diesen Einzelheiten mit um so größerem Vertrauen, weil ich sie als

die autoritative Auslegung

der Regierung von ihrer eigenen Pflicht in Sachen des Friedens bezeichnen kann.

Erstens: Die unparteiische Gerechtigkeit darf keine Unterscheidung zwischen denen einschließen, gegen die wir gerecht zu sein wünschen und denen, gegen die wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und keine verschiedenen Maßstäbe, sondern gleiche Rechte für die verschiedenen in Betracht kommenden Völker.

Zweitens: Kein besonderes oder abgetrenntes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder einer Gruppe von Nationen, das mit dem gemeinsamen Interesse aller unverträglich ist, kann zur Grundlage irgendeines Teiles des Abkommens gemacht werden.

Drittens: Es kann in der allgemeinen gemeinsamen Familie des Völkerbundes keine Verbände, Bündnisse oder besondere Abmachungen und Verständigungen geben.

Viertens: Es kann, und das geht mehr ins einzelne, keine besonderen wirtschaftlichen Kombinationen innerhalb des Bundes geben, keine Anwendung irgendeiner Form wirtschaftlichen Boykotts oder Ausschlusses, abgesehen von der im Völkerbund selbst als Strafmaßregel verhängten Ausschließung von den Weltmärkten, die als Mittel der Disziplin und der Kontrolle dient.

Fünftens: Alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen der ganzen übrigen Welt bekanntgegeben werden.

Die Sonderbündnisse und die wirtschaftlichen Rivalitäten und Feindschaften sind in der modernen Welt eine ergiebige Quelle von Plänen und Leidenschaften geworden, die zum Kriege führten. Es wäre ein unaufrichtiger und unsicherer Friede, der das nicht durch bestimmte Formeln ausschlösse. Das Vertrauen, mit dem ich über diese Dinge für unser Volk zu sprechen wage, entspringt nicht allein den Ueberlieferungen und den wohlbekannten Grundsätzen internationalen Vorgehens, zu denen wir uns immer bekannt und die wir immer befolgt haben. In demselben Sinne, in dem ich sage, daß die Vereinigten Staaten in keine besonderen Abmachungen und Vereinbarungen mit einzelnen Nationen eintreten, darf ich auch sagen, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, ihren vollen Anteil an der Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Abmachungen und Verständigungen zu übernehmen, auf denen der Friede fortan beruhen muß. Wir sehen immer noch Washingtons unsterbliche Warnung vor „verstrickenden Verträgen" mit vollem Verständnis und entsprechenden Absichten. Aber nur besondere und bestimmte Bündnisse verstricken, und wir erkennen und nehmen die Pflicht des neuen Tages an, an dem uns gestattet wird, auf ein allgemeines Bündnis zu hoffen, das Verstrickungen vermeiden und die Kraft der Welt für gemeinsame Verständigungen und die Aufrechterhaltung gemeinsamen Rechtes klären wird. Ich habe die internationale Lage, die der Krieg geschaffen hat, analysiert, natürlich nicht, weil ich daran gezweifelt hätte, daß die Führer der großen Nationen und Völker, mit denen wir verbunden sind, derselben Ansicht wären und die gleichen Zwecke verfolgten, sondern weil die Luft immer und immer wieder verdunkelt wird durch die Nebel grundloser Zweifel und böswilliger Verdrehungen und weil es notwendig ist, immer wieder all das unverantwortliche Gerede von Friedensintrigen, sinnloser Moral und unaufrichtigen Absichten auf seiten der Regierenden wegzuräumen, und zwar, wenn es nötig ist, in den allerstärksten Ausdrücken. (Hier und in den folgenden Sätzen ist auch der englische Text ziemlich unklar und verstümmelt.)

Wie ich bereits gesagt habe, weder ich noch ein andrer Mann in regierender Stellung hat

die Kriegsprobleme

geschaffen oder ihnen die Form gegeben. Ich bin lediglich mit soviel Einsicht, als mir zur Verfügung stand, darauf eingegangen, und mit einer Entschlossenheit, die um so wärmer und unerschütterlicher wurde, je klarer die Kriegsprobleme sich herauszuschälten. Es ist jetzt klar, daß niemand die Kriegsprobleme meistern kann, wenn er es nicht absichtlich tut. Ich fühle mich verpflichtet, dafür zu kämpfen, und so dafür zu kämpfen, wie Zeit und Umstände sie mir und der ganzen Welt offenbart haben. Unsre Begeisterung dafür wird immer größer und unwiderstehlicher. Sie stellen sich uns in immer lebendigeren und unmißverständlicheren Bildern dar, und die Kräfte, die für sie kämpfen, schließen sich immer enger aneinander, organisieren ihre Millionen zu einer immer unbesiegbareren Macht, in demselben Maße, in welchem sie den beteiligten Völkern immer klarer und deutlicher werden. Es ist eine Eigentümlichkeit dieses großen Krieges, daß, während die Staatsmänner noch Definitionen ihrer Ziele suchen und manchmal ihren Standpunkt zu verändern scheinen, die Massen, von denen man annimmt, daß sie von den Staatsmännern geformt und geleitet werden, immer klarer und sicherer darüber wurden, wofür sie kämpfen. Die nationalen Ziele sind mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Das gemeinsame Ziel einer erleuchteten Menschheit hat ihre Stelle eingenommen. Das Urteil schlichter Männer ist immer einfacher, ehrlicher und einheitlicher geworden als das Urteil selbstsüchtiger Geschäftskreise, die immer noch unter dem Eindruck stehen, daß sie ein Spiel der Macht mit hohem Einsatz erzielen. Aus diesem Grunde habe

Bei Verkäufen und Versteigerungen aus Beständen der Heeres- und Marineverwaltung, die für Kriegszwecke nicht mehr gebraucht werden, kann die Zahlung an Geldes Statt durch Hingabe von Kriegsanleihe geleistet werden. Diese Vorschrift erstreckt sich auf alles, was zur Abgabe an die Bevölkerung frei wird, also insbesondere auf Pferde, Fahrzeuge und Geschirre; Feldbahngerät, Motorlokomotiven und Kraftfahrzeuge nebst Zubehör; Futtermittel und sonstige Vorräte; landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie Werkzeug; Fabrikeinrichtungen mit den zugehörigen Maschinen und Geräten; Eisen, Stahl und andere Metalle; Holz und sonstiges Baumaterial; Webstoffe und Rohstoffe aller Art.

Käufer, welche die Bezahlung in Kriegsanleihe leisten, werden bei sonst gleichen Geboten bevorzugt. Die Kriegsanleihe wird zum vollen Nennbetrage angerechnet und bis zur Höhe des Kauf- oder Zuschlagpreises in Zahlung genommen. — Als Kriegsanleihe in diesem Sinne gelten sämtliche 5%igen Schuldverschreibungen des Reichs ohne Unterschied sowie die seit der 6. Anleihe ausgegebenen 4½%igen auslosbaren Schatzanweisungen.

Also: Nur die Kriegsanleihe, nicht der Besitz baren Geldes, bietet Sicherheit dafür, daß der Landwirt und der Gewerbetreibende das, was er braucht, aus dem freiwerdenden Kriegsgerät erwerben kann.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1918100602/3